

V05neu Divest Brandenburg - NOW !

Antragsteller*in: Max Niehues

Tagesordnungspunkt: 3.2. Sonstige

1 Kohlekraft ist Brandenburgs Klimakiller Nummer eins. Neben dem Schneckentempo
2 beim Kohleausstieg in Brandenburg geben Land und Kommunen auch beim Ausstieg aus
3 Geldanlagen in fossiler Energie kein gutes Bild ab. Ein weltweiter Ausstieg aus
4 Kohlekraft und anderen fossilen Energieträgern wird aber nur dann gelingen, wenn
5 die massiven Investitionen über Versicherungen, Pensionsfonds und öffentlichen
6 Mitteln abgezogen und nachhaltig angelegt werden.

7 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG von Land und Kommunen ihr Kapital
8 nicht in fossile Energieträger anzulegen! Das wollen wir erreichen durch:

- 9 • Klare Richtlinien die derartige Investitionen auf Landesebene und
10 kommunaler Ebene zukünftig ausschließen.

11 Empfehlungen und Beratung kommunaler Unternehmen, u.a. Sparkassen, ebenfalls
12 entsprechende Anlagegrundsätze zu beschließen.

13 Das Land Brandenburg und unsere Kommunen sollten mit gutem Beispiel vorangehen.
14 Wir fordern sie deshalb zu folgenden Schritten auf:

15 Ihre Eigenanlagen im Hinblick auf Investitionen in fossile Energieträger zu
16 untersuchen und diese Investitionen offenzulegen. Hier sind auch die grünen
17 Mandatsträger*innen gefragt Anfragen an die Regierenden und die Verwaltung zu
18 stellen.

19 Ab sofort keine weiteren Investitionen in die fossile Energieindustrie
20 vorzunehmen.

21 Strategien zu erarbeiten, wie ein vollständiger Rückzug aller Geldanlagen aus
22 Unternehmen der fossilen Energieindustrie umgesetzt werden kann. Im Rahmen
23 dieser Strategie ist sicherzustellen, dass innerhalb von fünf Jahren alle
24 Beteiligungen in Form von Aktien, Anleihen oder Fonds an fossilen
25 Energieunternehmen abgestoßen werden.

26 Wir verstehen nachhaltige Anlagenpolitik aber nicht nur in Bezug auf fossile
27 Energien, sondern grundsätzlich sozial-ökologisch. Nachhaltige Anlagenpolitik
28 hört für uns nicht beim Kappen von Finanzbeziehungen zu EPH, Shell und Co auf,
29 sondern muss sich nach umfassenden sozial-ökologischen Kriterien richten. Wir
30 fordern deshalb in einem weiteren Schritt Land und Kommunen auf
31 Anlagerichtlinien zu erarbeiten, die ökologische, soziale und ethische Kriterien
32 bei den Finanzanlagen des Landes und der Kommunen berücksichtigen.

33 Als ökologische und ethische Mindeststandards gelten dabei folgende Prinzipien:

34 Das Land, landeseigene Unternehmen, die von ihnen geführten Eigenanlagen und
35 Versorgungseinrichtungen werden künftig keine Beteiligungen mehr an Unternehmen
36 halten, die

- 37 • Kinderarbeit zulassen,
- 38 • Militärwaffen herstellen oder vertreiben,

- 39 • deren Geschäftsgrundlage auf der Extraktion, Veredelung oder dem
40 Vertrieb von nuklearen oder fossilen Energieträgern (Ausnahme:
41 Erdgas) sowie der Energieerzeugung mit diesen Energieträgern beruht
42 • Mineralöl- oder Kohleprodukte extrahieren, veredeln oder vertreiben,
43 • Schiefergasgewinnung („Fracking“) betreiben
44 Darüber hinaus sollen die Finanzverwaltungen die Möglichkeit untersuchen, noch
45 weitergehende ethische Anlagegrundsätze zu verfolgen.
46 Solche wären z.B. der Ausschluss von Beteiligungen an Firmen, die
47 • Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
48 • Tierversuche bei Kosmetika durchführen oder
49 • bei denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden
50 sind.
51 Uns ist bewusst, dass der Weg hin zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen
52 Geldanlagepolitik weit ist. Wir wollen auf Kommunal- und Landesebene alle
53 Akteure unterstützen, die sich auf diesen Weg machen. Oben beschriebenen
54 Kriterien sollen dabei eine Richtschnur sei.

Begründung

Divestment aus fossilen Brennstoffen bedeutet das Kappen der finanziellen Verbindung mit dem fossilen Energiesektor. Anstatt durch den Kauf oder den Besitz von Aktien, Anleihen oder anderen Investitionen dieser Branche finanzielle Ressourcen für ihre zerstörerischen Aktivitäten bereitzustellen, ruft die Divestment-Kampagne zu einem Stopp solcher Investitionen und zur Desinvestition, also dem Verkauf fossiler Vermögenswerte, auf. Um den Planeten und seine BewohnerInnen zu retten, sollten wir den fossilen Brennstoffsektor, der letztlich die Zerstörung des Planeten verursacht, weder aktiv unterstützen noch von dessen Geschäften profitieren. Rund zwei Drittel aller bekannten fossilen Energiereserven müssen im Boden bleiben, wenn wir den prognostizierten globalen Temperaturanstieg unter 2°C halten wollen. Nach der Klimakonferenz wurde klar, dass wir nur beim Unterschreiten von 1,5°C katastrophale Folgen höchstwahrscheinlich ausschließen können. Gegenwärtig investieren die Unternehmen im fossilen Brennstoffsektor massiv in neue Explorationen, und der Marktwert dieser Unternehmen spiegelt noch nicht die Tatsache wider, dass ein großer Teil der fossilen Reserven ihren Wert verliert, sobald der Markt realisiert, dass wir nicht alle vorhandenen Kohle-, Öl- und Gasreserven verkaufen oder verbrennen können. Das finanzielle Risiko, das sich für öffentliche und private Investoren aus dieser „Kohlenstoffblase“ ergibt, soll durch Divestment-Kampagnen auch thematisiert werden. Wenn staatliche Rentenkassen, Versicherungsunternehmen oder andere öffentliche Institutionen im großen Maße im fossilen Energiesektor investiert haben, macht sie das abhängig. Die Erwartung auf Gewinn aus diesen Investitionen schmälert damit unsere demokratische Fähigkeit, eine effektive Klimapolitik wie beispielsweise über ehrgeizige Emissionsreduktionsziele zu beschließen.